

# BRANDENBURG

## Linke pocht auf Impfen über Ostern

**Corona** Landtagsfraktion lehnt angekündigte Pause an Zentren strikt ab. Es gebe genug Vakzin, meint die Opposition.

**Potsdam.** Die Linke im Landtag Brandenburg fordert auch über Ostern unverminderte Anstrengungen beim Impfen. Es gebe genug Impfstoff, betont der Fraktionsvorsitzende Sebastian Walter. „Es geht um jeden Tag.“ Brandenburg müsse unbürokratisch und unkonventionell handeln. Deshalb dürften die zwölf Impfzentren zu den Feiertagen nicht runtergefahren werden, sondern müssten am Netz bleiben – mit ärztlichem Bereitschaftsdienst und Telefonlisten für zu Impfen-de.

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) habe am Montag für die nächsten Tage mehr als drei Millionen Dosen für die Länder angekündigt. Darüber hinaus würden Brandenburg bis zum Ende der Woche laut Bundesgesundheitsministerium 587.040 Impfdosen zur Verfügung stehen. Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts seien davon am Montag noch knapp 200.000 Dosen übrig gewesen, rechnet Walter vor.

### Heute Update zur Strategie

Nach Einschätzung der Linken ist dies genug, um bis Ostermontag ohne Pause zu impfen. „Es ist also weiter eine Mär vom fehlenden Impfstoff“, erklärt Walter. „Wir können weiter impfen, da die nächsten Lieferungen für die laufende und die Woche nach Ostern angekündigt sind.“ Außerdem erwarte er, dass die Impfstoffe für die Brandenburger Hausärzte ab Dienstag komplett steht. „Dafür muss der Impfstab im Innenministerium über Ostern sorgen.“ Heute wollen das Ministerium und Ärztevertreter ein Update zur Impfstrategie für die kommenden Tage und Wochen geben.

Am Montag hieß es einerseits, dass Arztpraxen in Brandenburg ab sofort innerhalb von zwei Wochen mit Impfdosen von Biontech und Astrazeneca in sechsstelliger Zahl rechnen. Andererseits teilte das Innenministerium mit, dass die Impfzentren in Brandenburg am Karfreitag, Ostersonntag und Ostermontag geschlossen bleiben sollen. Der Impfstoffbestand sei zu knapp 83 Prozent aufgebraucht, mit der Restmenge könnten die vereinbarten Termine gewährleistet werden, hieß es. *mat*



Streitfall: Impfen verträgt keine Pause, sagt die Linke. Foto: dpa



Frei im Grünen lebt im Rahmen eines Regionalprojekts diese Hühnerherde der Zweinutzungshuhnrasse „Les Bleues“.

Foto: ei care

## Das Ei gibt's nur mit Fleisch

**Tierwohl** Das Töten männlicher Küken wird verboten. Das heißt nicht, dass sie großgezogen werden. Ein Regionalprojekt setzt auf alternative Hühnerhaltung. Von Louisa Theresa Braun

**K**urz vor Ostern heißt es in vielen Familien Eier kochen, färben und am Ostersonntag für die Kinder verstecken. Wer will dabei schon daran denken, dass für herkömmliche Hühnereier allein in Deutschland jährlich 45 Millionen Küken kurz nach dem Schlüpfen getötet werden? Es handelt sich um die männlichen Geschwister von Legehennen, die für die Eierproduktion nicht von Nutzen sind und nicht genug Fleisch ansetzen, um sie als Masthähnchen zu verwenden.

Bei Masthühnern, die für den Fleischkonsum gezüchtet werden, und Legehennen, von denen unsere Eier stammen, handelt es sich nämlich um unterschiedliche Rassen sogenannter Hybridhühner. „Selbst im Ökolandbau gibt es bislang fast nur Hochleistungs-Hybridhühner und die männlichen Tiere der Legerasse gelten als wertlos“, kritisiert Lasse Brandt vom Zweinutzungshuhn-Regionalprojekt „ei care“, das für eine alternative Hühnerzucht steht.

Seit 2011 wird auf vier „ei care“-Höfen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Hühnerrasse „Les Bleues“ gezüchtet. Diese Zweinutzungshühner liefern sowohl Eier als auch Fleisch, sodass männliche wie weibliche Tiere heranwachsen können, bis sie geschlachtet werden. Hennen werden im Schnitt ein bis eineinhalb Jahre, Hähne 100 bis 110 Tage alt. Eier- und Fleischtrag sind um etwa ein Drittel geringer als die der Hy-

bridhühner, schmecken dafür aber besser, sagt Brandt.

Im Januar hat das Bundeslandwirtschaftsministerium ein Gesetz vorgelegt, das Kükentöten ab Ende 2021 verbietet. Das bedeutet jedoch nicht, dass männliche Küken zwangsläufig aufgezogen

„Ab 2024 sollen Eier nur noch bis zum sechsten Bruttag vernichtet werden dürfen.“

werden müssen. Eine Alternative ist, das Geschlecht der Küken schon im Ei zu bestimmen und männliche Eier zu vernichten, bevor sie ganz ausgebrütet sind. Das geht – je nach angewendetem Verfahren – ab dem vierten oder ab dem neunten Bruttag. Da Hühnerembryos ab dem siebten Tag schmerzempfindlich sind, sieht

### Stiftung setzt auf Alternativen

Die **Albert-Schweitzer-Stiftung** lehnt die Nutztierhaltung prinzipiell ab: „Wir sehen Tiere als dem Menschen gleichwertige Lebewesen, als Individuen mit eigener Persönlichkeit“, sagt Sprecherin Diana von Webel. In der Wirtschaft dagegen nur als Produk-

tionsmittel betrachtet und letztlich geschlachtet.

**Auch Eier legen** sei für Hennen anstrengend. Die Albert-Schweitzer-Stiftung setzt sich deswegen dafür ein, den Konsum von Tierprodukten zu reduzieren und vegane Alternativen

zu fördern. Zweinutzungshühner seien jedoch eine gute Übergangslösung, da sie nicht auf Leistung getrimmt werden. „Da die Hühner weniger Eier und Fleisch produzieren, wird beides teurer und dadurch könnte der Konsum sinken“, sagt von Webel. *ltb*

der Gesetzesentwurf außerdem vor, dass Eier ab 2024 nur noch bis zum sechsten Bruttag vernichtet werden dürfen.

Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) kritisiert, dass das Gesetz deutsche Geflügelzüchter gegenüber der Konkurrenz aus dem Ausland benachteilige. „Die Kosten sind unverhältnismäßig hoch und mit den derzeitigen Eier-Erlösen nicht zu decken“, sagt Henner Schönecke, Vorsitzender des „Bundesverbands Ei“. 2020 sind laut ZDG durch das Geschlechtsbestimmungsverfahren rund sechs Millionen Eier selektiert und durch die alternative Bruderhahnmast weitere fünf Millionen Hähne aufgezogen worden.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch missbilligt die Bruderhahnastzucht, bei der die Hähne der Legehuhnrasse so gut es geht gemästet werden. Das sei nicht nur unwirtschaftlich, sondern zementiere auch die auf

Hochleistungszucht ausgerichtete Geflügelwirtschaft. „Das tierquälere System kann mit dem Kauf vermeintlich ethisch korrekter Ostereier nicht repariert werden“, sagt Matthias Wolfschmidt, Veterinärmediziner und Strategiedirektor bei Foodwatch. Die Verbraucherorganisation empfiehlt deswegen Zweinutzungshühner wie die von „ei care“.

### Ställe mit Wiesen-Auslauf

Lasse Brandt weist jedoch darauf hin, dass „ei care“ Eier nur zusammen mit dem Fleisch vermarktet kann, weil es nicht mehr Hennen als Hähne gibt. Die Eier seien jedoch deutlich gefragter und es sei schwierig, „dem Verbraucher zu erklären, dass Henne und Hahn zusammengehören. Theoretisch müsste jeder „ei care“-Eierkunde auch einmal im Jahr ein Hähnchen und ein Suppenhuhn kaufen.“ Zur Wertschätzung der Hühnerzucht gehöre also auch der Fleischkonsum. „Unsere Hühner sind nichts für Vegetarier“, sagt Brandt ganz deutlich.

Er betont, dass „Les Bleues“ außerdem in kleinen Strukturen von bis zu 1000 Hühnern artgerecht in Ställen mit Auslauf auf Wiesen gehalten werden. In konventioneller Tierhaltung beständen Hühnerherden dagegen aus rund 6000 Tieren.

In Brandenburg gehören der „Biohof Auguste“ im Spreewald und der „Naturland Hof Määhgut“ in Steinhöfel zu „ei care“. Eier, Hähnchen und Suppenhühner von dort gibt es in den Bioläden der Region.

### Kommentar

**Louisa T. Braun**  
zur Regelung gegen das Kükentöten



## Gesetz reicht nicht aus

**D**as Gesetz gegen Kükentöten ist mehr als überfällig – und lange nicht hinreichend. Daran, dass Tieren erst ein Wert zugeschrieben wird, wenn sie sich für den Konsum eignen, ändert sich durch die Minimalanforderung der Geschlechtsbestimmung im Ei erst einmal nichts. Nun werden eben Embryonen entsorgt, die als unbrauchbar gelten. Eine Verpflichtung zur Aufzucht aller Küken wäre das richtige Signal gewesen.

Denn auch Tiere, die für den Konsum gezüchtet und auf die Welt gebracht werden, haben ihr Leben verdient. Die wenigen Projekte in Deutschland, die Zweinutzungshühner züchten, so wie „ei care“, zeigen, wie das gehen kann. Dass sie weniger und teurer produzieren, zeigt aber auch, wohin das führen muss: Eier und Fleisch dürfen keine billig verfügbare Massenware sein, sonst wird sich an Massentierhaltung nie etwas ändern.

Solange die Politik nicht bereit ist, Gesetze auf den Weg zu bringen, die wirklich für Tiererschutz sorgen, hängt es an uns Verbraucherinnen und Verbrauchern: Wir alle müssen weniger Tierprodukte konsumieren und wenn, dann sollten wir bereit sein, den Preis für artgerechte Haltung zu zahlen – zum Beispiel bei den Ostereiern. Oder noch besser: zu Ostern einfach mal vegan essen.

## Erfolg gegen Testpflicht

**Eilantrag** Baumarkt in Potsdam setzt sich vor Gericht durch – vorerst.

**Potsdam.** Das Potsdamer Verwaltungsgericht ist dem Eilantrag eines Unternehmens gegen die Allgemeinverfügung für eine Testpflicht zum Zutritt von Verkaufsstellen im Einzelhandel gefolgt. Der Baufachmarkt wollte erreichen, dass sich seine Kunden beim Einkauf nicht testen lassen müssen. Das Gericht habe die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs angeordnet, hieß es.

Aus Sicht des Verwaltungsgerichts hat sich die Allgemeinverfügung als rechtswidrig erwiesen. Gegen den Beschluss wurde Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zugelassen. Unterdessen hat die Landeshauptstadt nach drei Tagen in Folge mit einer Sieben-Tage-Inzidenz über 100 die Notbremse bei Lockerungen gezogen. Der Einzelhandel müsse schließen, hieß es am Dienstag. *dpa*

## Polen verlangt jetzt auch Corona-Test bei der Einreise

**Frankfurt (Oder).** Für den ohnehin schon stark eingeschränkten Reiseverkehr nach Polen gibt es seit Dienstag eine weitere Hürde. Das Nachbarland verlangt von Besuchern aus Deutschland und anderen Staaten des Schengenraums nun auch einen negativen Corona-Test, der nicht älter als 48 Stunden sein darf. Damit passt sich Polen an Regeln an, die umgekehrt bei der Einreise nach Deutschland schon seit Längerem gelten.

Der Beschluss, den die polnische Regierung am Montagabend fasste, betrifft aber auch polnische Bürger (ohne Grenzpend-

ler), die in ihr Land zurückkehren. Er wurde wegen der seit zwei Wochen stark steigenden Zahl an Corona-Erkrankungen gefasst. Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt im Nachbarland durchschnittlich bei 500, in einigen Regionen wie Schlesien oder auch in der Hauptstadt Warschau deutlich darüber. Weil in einigen Krankenhäusern in Schlesien die Intensivbetten für Corona-Patienten voll belegt sind, müssen neu Erkrankte zum Teil mit Hubschraubern in andere Regionen geflogen werden.

Verstöße gegen die Corona-Regeln werden im Nachbarland mit erheblichen Geldstrafen geah-

det. Allerdings gibt es an den Grenzübergängen – ähnlich wie von deutscher Seite – nur stichprobenartige Kontrollen. Von polnischen Grenzpendlern, die in Deutschland arbeiten, werden hierzulande zwei Corona-Tests pro Woche gefordert.

Touristische Reisen nach Polen sind de facto unmöglich, weil es keine Übernachtungsmöglichkeiten für Reisende gibt. Auch Gaststätten dürfen nur außer Haus verkaufen. Der Lockdown gilt vorerst bis zum 9. April. Bis dahin haben die polnischen Schüler Osterferien und auch die Kitas sind geschlossen. *ds*



Nicht mehr ohne Corona-Test: Die Brücken über die Oder – wie hier in Frankfurt – und die Neisse dürfen in beiden Richtungen nur noch von negativ getesteten Personen passiert werden. Foto: Patrick Pleul/dpa

## Landwirtschaft Bauern warnen vor Feldmausplage

**Potsdam.** Der Landesbauernverband (LBV) Brandenburg warnt vor den Gefahren, die von einer sprunghaften Vermehrung der Feldmauspopulation ausgehen. Eine Mäuseplage, die im vergangenen Jahr in Sachsen-Anhalt massive Schäden angerichtet habe, sei auch in Brandenburg jederzeit möglich. Notfalls müsse auch eine sogenannte Köderlegemaschine eingesetzt werden, so LBV-Präsident Henrik Wendorf. Dafür aber braucht es eine amtliche Notfallzulassung. *red*